

Geheimt täglich
nachmitt. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 90 Pf.
vierteljährlich 2.70 Mk.
halbjährlich 5.40 Mk.
jährlich 10.80 Mk.
1.00 Mk. zahl. Bestagab.

„Die Neue Welt“
(Wochenzeitung),
durch die Post nicht be-
tragt, kostet monatlich 90 Pf.
vierteljährlich 2.70 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Gesamtdirektion
Verwaltungskasse

Sozialist

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21, Bot. 2 C

Expedition: Geisstr. 21, Bot. part. 1

Insertionsgebühr
betragt für die beständig
bestellte oder deren Raum
50 Pf. für Wohnungs-
verleiher, 20 Pf. für
Lernungs- und Lehrlings-
Anzeigen 10 Pf. für
in verbleibender Stelle
nach die Stelle 75 Pf.

Interesse
für die halbe Nummer
müssen (zweites bis vor-
mittags) 10 Pf. in der
Expedition anfragen
sein.

Empfänger in der
Postzeitungs-Kasse
unter Nr. 7886

Engels über die deutschen Schulzölle.

Es wird abermals eine Erhöhung der Einfuhrzölle, vor allem der Zölle auf Lebensmittel geplant. Die Regierung will es thun, das unterliegt nach der Programmrede Wilhelms im preussischen Landtag keinem Zweifel mehr. Und sie wird darin nicht nur von den Agrariern, sondern von mächtigen industriellen Klängen unterstützt. Sollte der laubere Plan dennoch scheitern, so wird es im Innern des Landes hauptsächlich von dem Widerstand abhängen, welchen die Sozialdemokratie diesem faustlich privilegierten Klängen, diesem Unmenschen gegen das deutsche Volk zu leisten vermag. Nach außen freilich sind auf alle Fälle gemaltliche Hindernisse zu überwinden, die nach gelegentlich die Situation sehr zur Ueberreizung der Junker zu ändern vermögen.

Die Sozialdemokratie wird also eine tüchtige Arbeit zu leisten haben, viel mehr, als sie 1878 zu thun vermochte, oder 1892 auf ihren Ziel entfiel. Und weil dem so ist, so glauben wir nach dem Sinne aller Parteigenossen zu handeln, wenn wir vor allem die Charakteristik in Erinnerung bringen, welche Friedrich Engels dem 1879 inangurierten deutschen Zolltarif, dessen Fortsetzung bis die jetzige Zollfomagne ist, hat angebeiden lassen. Engels schrieb also im Jahre 1888 in seinem Fortwort zur englischen Ausgabe Wort Rede über den Freihandel:

Gerade in dem Augenblick, wo mehr als je der Freihandel eine Notwendigkeit für Deutschland ist, gerade da führte es Schutzzölle ein. Das war zweifellos absurd, aber es läßt sich erklären.

So lange Deutschland Korn ausfuhrte, waren sämtliche Grundbesitzer und sämtliche Ackerer begeisterte Freihändler. Aber 1874, statt Korn auszuführen, brauchte Deutschland harte Zufuhren vom Ausland. Ungefähr gleichzeitig begann Amerika Europa mit Zufuhren billigen Korns zu überflutern; überall, wohin sie flossen, verringerten sie das Weizenommen, das der Boden lieferte, und damit die Bodenrente; von da an erhob der gesamte Grundbesitz in ganz Europa den Ruf nach Zollschutz. Gleichzeitig litt die deutsche Industrie an den Nachwirkungen der heillosen Ueberproduktion und Ueberkapitalisation, die unter dem französischen Willkürerregnen emporgeschossen war; während England, dessen Industrie seit der Krisis von 1866 eine chronische Stauung nach immer nicht überwinden hatte, alle zugänglichen Märkte überflutete mit Waren, unterfänglich zu Hause und deshalb draußen zu Schmelzpreisen weggeworfen. Obwohl also die deutsche Industrie wesentlich auf die Ausfuhr angewiesen war, sahen die Fabrikanten doch jetzt im Zollschutz ein Mittel, sich den inneren Markt ausschließlich zu sichern. Die Regierung aber war nur zu froh, diesen Umstand benutzen zu können zum Vorteil des grundbesitzenden Adels, indem sie beiden, Grundbesitzern und Industriellen, Schutzzölle gab. 1878 wurde ein hoher Schutztarif eingeführt, sowohl für Ackerbau wie für Industrie-Produkte.

Die Folge war, daß seitdem die Ausfuhr deutscher Industrie-Produkte geradezu an der Spitze des heimischen Konsumten

begahrt wird. Wo nur immer möglich, bildeten die Fabrikanten Kartelle zur Regulierung des Ansehuhandels und der Produktion selbst. Die deutsche Eisenproduktion ist in den Händen einiger weniger grosser Firmen, meist Aktiengesellschaften, die zusammen mehr so viel Eisen produzieren, wie das Land im Durchschnitt braucht. Zur Vermeidung unglücklicher gegenseitiger Konkurrenz haben diese Firmen ein Kartell gebildet, das alle ausländischen Submissionen unter sich verteilt und in jedem Fall die wirkliche Firma bestimmt, die die wirkliche Arbeit zu machen hat. Dies Kartell hatte vor einem Jahr sogar ein Abkommen mit den englischen Hüttenbetriebern geschlossen, das indes in die Brüche gegangen ist. Ebenso haben die westfälischen Kohlegruben, die gegen dreißig Millionen Tonnen jährlich produzieren, ein Kartell gebildet zur Regulierung der Preise der Submissionsofferten und der Produktion selbst. Ueberhaupt, jeder deutsche Fabrikant sagt euch, daß der einzige Zweck der Schutzzölle ist, ihm zu erlauben, daß er sich im inneren Markt erholt von den Schmelzpreisen, die er im Ausland zu nehmen hat.

Das ist aber noch nicht alles. Um den Preis dieses absurden Systems des Industrieschutzes haben die industriellen Kapitalisten einen noch widerwärtigeren Monopol zugeerbt, das der Grundbesitz erhalten hat. Nicht nur sind alle Ackerbauprodukte hohen und noch fortwährend erhöhten Eingangszöllen unterworfen, sondern gewisse ländliche Industrien, die die Herren Junker auf ihren Gütern betreiben, werden aus öffentlichen Grunde direkt unterstützt. Die Webzweckerindustrie ist nicht nur geschützt, sondern erhält außerdem enorme Summen in Gestalt von Aufschubprämien. Jemand, der das wissen sollte, ist der Meinung, daß, wenn der ausgeführte Zucker sämtlich in die See geschüttet würde, der Fabrikant immer noch an der Exportprämie ein gutes Geschäft machen muß. Gleichgültig erhalten die Kartellgesellschaften infolge der neuesten Gesetzgebung von der Spitze des Publikums ein Geschenk von mindestens 36 Millionen jährlich. Und da doch fast jeder große Grundbesitzer im Norddeutschen Lande entweder Webzwecker oder Kartellgesellschaftenbetreiber oder beides ist, kein Wunder, daß die Welt mit ihren Produkten förmlich überflutet wird.

Diese Politik, verwerflich unter allen Umständen, ist dies doppelt in einem Land, dessen Industrie ihren Absatz an internationalen Märkten hauptsächlich durch die Wohlthätigkeit der Arbeit andrückt hält. Der Arbeitslohn wird in Deutschland selbst in den besten Zeiten dem Hungerpunkt ungeheürlich nahe gehalten durch den trotz aller Auswanderung raschen Anstiege der Volkszahl. Aber er muß steigen infolge der Verteuerung aller Lebensmittel, die der Schutz Zoll erzwingt. Der deutsche Fabrikant wird dann nicht mehr im Stande sein, wie jetzt nur zu oft, sich für die Schmelzpreise seiner Waren durch einen Abzug vom normalen Lohn seiner Arbeiter zu entschuldigen; er verliert die Konkurrenzfähigkeit. In Deutschland schlachtet der Schutz Zoll die Genuß, die die goldenen Eier legt."

So Engels 1888. Die Gründe, weshalb er die Schutzzölle verwarf, haben sich seit damals nur noch gesteigert. Das Kohlenmonopol produziert nicht mehr dreißig, sondern beinahe 60 Millionen Tonnen. Wie groß seine Macht ist, weiß ja jetzt

alle Welt an der Kohlentenerung zu schätzen. Die Eisenmagneten haben sich noch enger zusammengehoben. Zugleich sind sie in nähere Beziehungen zum Staat getreten. Neben den Staatseisenbahnen und Armeebewaffnungen, haben es ganz besonders die Wapenfabriken bewirkt. Also, die Eisenfänge verlangen vom Staat Eisenzölle, um die Preise erhöhen zu können, und diese erhöhten Preise lassen sie sich dann vom Staat selbst bei den Vorratserlieferungen bezahlen. Das ist allerdings ein sehr reelles Geschäft, bei dem sie nicht verlieren. Das Volk aber wird doppelt gebrandschigt. Die Junker ihrerseits sind es durch ihre, durch Ausfuhrprämien begünstigte, Schmelzwerkzeugen auf dem auswärtigen Zundermarkt so weit gebracht, daß die Vereinigten Staaten einen Zoll auf die Ausfuhrprämien legen. Nummer für Nummer ist sie sich im Innlande, um den heimischen Bodenbesitzern desto wirksamer rufen zu können, und verlangen höhere Preise. Obendrein ist die schmerzliche Lage, die Verdrüßung zur Volksauswanderung, längst zum schlimmsten Sort der politischen Reaktion geworden. Von diesem Klänge der Günstigen und Ungünstigen werden die brutalsten Maßnahmen zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung ausgeht, und ebenfalls finden hier alle Unmuth, Zuchtungs- und ähnliche Wegevorlagen die thätigste Unterstützung. So stehen die Dinge in diesem Augenblick.

Parvus.

Der Kampf in China.

Auf die Bitte der chinesischen Delegierten, jede weitere militärische Expedition zu unterlassen, haben die Engländer folgende Antwort erteilt: Die Mächte werden ihre militärischen Maßnahmen von dem Ernste und der Radikalität abhängig machen, mit der China seine vertragsgemäß übernommenen Pflichten erfüllt. Die Mächte verlangen sofortige Hinrichtung der im Machtbereich des Kaisers stehenden Vorgesetzten Tsingun und Jangtien, sie verlangen weiter, daß der eines mörderischen Todes gestorbene Kan an in Gefolge (im Wideo) hingerichtet wird, und fordern die laienliche Regierung an, kein Mittel unversucht zu lassen, des Generals Lung-fung-jung habhaft zu werden, damit die Todesstrafe an ihm vollzogen werde. Von Pingen Luan ist in dem Restrikt der Mächte nicht die Rede.

Eine That des Weltgeneralfiskus findet in der Kapazität viel Bemerkung. Es wird darüber erzählt: Engländer da neulich der Vertreter von Reuters Bureau in Peking in den inneren Hof des Winterpalastes, also den Teil, den der Feldmarschall persönlich besetzt, hinein und stieg in dem schmalen Portal mit dem Großen zusammen, der seinen draußen harrenden Wagen besteigen wollte. Ohne sich stören zu lassen, ohne zu grüßen oder sich zu entschuldigen, wollte der „solze Britte“ gemächlich seinen Weg fortsetzen. Da drehte sich Graf Waldere entsetzt um und rief mit Donnerstimme dem treuen Engländer ein frühfröhliches „Guten Morgen, Sie Hege!“ zu. Dieser Herr verfiel trotzdem nicht, bis dem Herrn in Kräftigen, gut englischen Worten bedeutet wurde, daß es unter weißen Leuten alle-

Auferstehung.

Von Graf Leo N. Tolstoj.

91

Deutsch von Wilh. Thal.

(Nachdr. verb.)

Kaum hatten die Auserstehenden den Saal verlassen, als Nabatoff sich dem Vater des kleinen Wladislaw's näherte und zu ihm sagte, indem er ihm seine harte Hand auf die Schulter legte: „So! mal, Bruder, ist es wahr, daß Karmanoff mit einem Verächlichen den Namen wechseln will?“ Das ruhige Gesicht des Ertränkten nahm plötzlich einen düstern Ausdruck an, und seine Augen leuchteten sich. „Wie haben nichts davon gehört. Gott weiß, was für Vagen man erfindet“, erwiderte er und fuhr dann, ohne die Augen zu erheben, fort: „Dun, Anjuska, bleibe nur vergnügt weiter bei den schönen Damen“, fügte er hinzu und ging hastig hinaus. „Er weiß alles“, was dieser Alosar gelaut hat, ist sicherlich wahr“, sagte Nabatoff, sich an Wladislaw wendend. „Dann schwebte mir jetzt einen Augenblick Gedächtnis, den Pant von neuem losbrechen zu sehen.“

Simonson, der den ganzen Abend über nichts gesagt, und auf seinem Lager liegen geblieben war, erhob sich plötzlich mit entschlossener Bewegung. Er blickte sich einen Weg durch die Gruppen und näherte sich Wladislaw. „Können Sie mir jetzt einen Augenblick Gehör leisten, um ihm zu sagen?“

„Aber gewiß“, versetzte Wladislaw und stand auf, um ihm zu folgen. Als die Maslow sah, daß Wladislaw aufstand, erwiderte sie und wandte schnell den Kopf ab. „Ich habe aber folgendes mit Ihnen zu sprechen“, begann Simonson, nachdem er Wladislaw in das kleine Vorzimmer geführt. Dieses Vorzimmer drohte in diesem Augenblick ganz

von dem schrecklichen Lärm wieder, den die Kriminalverbrecher im Vorzimmer und auf dem Korridor verursachten. Wladislaw, der wie betäubt war, zog die Stirn kraus, doch Simonson hörte offenbar nichts.

„Da ich Ihre Beziehungen zu Katharina Maslow kenne“, so begann er, indem er seine gutmütigen, runden Augen gerade auf Wladislaw's Augen richtete, „so hielt ich mich verpflichtet.“

„Das als er diese Worte gesprochen, müßte er innehalten, weil in diesem Augenblicke zwei antedie Stimmen zu schreien anfingen: „Mon sagt Dir doch, ich sei es nicht, Du Schwein“, rief die eine.

„Sieb es mir auch, Du Drecksler!“ rief die andere.

Möglichst selgte sich Marie Pawlowna in dem Vorzimmer.

„Was hat denn das für einen Sinn, sich hier zu unterhalten“, sagte sie. „Kommen Sie lieber in unsere Stube, ich glaube, sie ist leer.“

„Sie führte Simonson und Wladislaw in die zweite der beiden Stuben, ein kleines, vierreihiges Gemach, in welchem die Frauen der Abteilung schliefen. Das Zimmer war aber doch nicht leer, denn die Wodowudschitsa befand sich darin; sie lag in ihrem Bett und wandte das Gesicht nach der Wand zu.

„Sie hat Kopfschmerz“, sie schlief und wird Euch nicht hören; ich gehe“, sagte Marie Pawlowna.

„Am Gegenstand, Du würdest mir ein Vergnügen bereiten, wenn Du dieblich“, sagte Simonson. „Ich habe vor niemandem Geheimnisse, namentlich aber nicht vor Dir.“

„Gut, wie Du willst“, sagte Marie Pawlowna, setzte sich mit ihren kindlich-anmutigen Bewegungen auf eines der Betten und schickte sich an, die Unterhaltung der beiden Männer anzuhören.

Die Stube, von der ich mit Ihnen sprechen will, besteht in folgendem“, wiederholte Simonson. „Da ich Ihre Beziehungen zu Katharina Maslow kenne, so hielt ich mich für verpflichtet, Sie von meinen eigenen Beziehungen zu ihr in Kenntnis zu setzen.“

„Was heißt das?“ fragte Wladislaw, von heftigem Schrecken ergriffen.

„Das heißt, ich möchte mich mit Katharina Maslow verheiraten.“

„Wirklich?“ rief Marie Pawlowna, indem sie ihre schönen, blauen Augen auf Simonson richtete.

„Und ich habe mich entschlossen, sie zu fragen, ob sie mein Weib werden will“, fuhr Simonson fort.

„Was kann ich dazu thun?“ Das hängt nur von ihr ab“, erklärte Wladislaw trocken.

„Ja, aber ich weiß, daß sie mir nicht ohne Ihre Erlaubnis antworten wird.“

„Und warum?“

„Weil Katharina Maslow, so lange die Frage ihrer Beziehungen zu Ihnen nicht gelöst ist, keinen Entschluß fassen wird.“

„Was mich angeht“, versetzte Wladislaw, „so ist die Frage vollständig gelöst. Ich habe thun wollen, was ich für meine Pflicht hielt und habe auch versucht, die Lage der Maslow so viel wie möglich zu lindern, doch um keinen Preis möchte ich mich ihr aufdrängen oder sie in ihren Entschlüssen beeinflussen.“

„Gewiß, aber sie will Ihr Opfer nicht.“

„Es handelt sich um kein Opfer.“

„Ich weiß, ihr Entschluß ist in diesem Punkte unerschütterlich.“

„Aber warum unterhalten Sie sich dann mit mir?“ fragte Wladislaw.

„Sie sollen mir das Zugeständnis machen, daß Sie sich nicht mehr mit ihr beschäftigen werden.“

„Wie kann ich Ihnen versprechen, daß ich das nicht mehr thue, wenn ich nicht etwa, daß ich für meine Pflicht halte?“ Ich kann hier nur das eine sagen: obwohl ich ihr gegenüber nicht feil bin, so ist sie doch mir gegenüber vollkommen feil.“

Simonson blieb einige Augenblicke nachdenklich sitzen, ohne ein Wort zu erwidern.

„Gut“, fuhr er fort, „ich werde ihr das sagen. Aber glauben Sie nicht etwa, daß ich in sie verliebt bin!“ Ich liebe sie, wie ich eine Schwester lieben würde, eine Freundin, die viel gelitten hat, und die ich würde möchte. Ich verlange nichts von ihr, nichts; ich will ihr nur hilfreich zur Seite stehen, ihre Lage lindern.“

„Was die Befragung, die sie sich selber schon selbst bemächtigt hatte, heißt Wladislaw, wie Simonson's Stimme heftig zitterte.“

„Ihre Lage lindern“, fuhr Simonson fort. „Sie will 3 hre Hilfe nicht annehmen, aber vielleicht wäre sie geneigt, die meine anzunehmen. Wenn sie einwilligt, so werde ich ein Gehalt einreichen, in die Stadt verbracht zu werden, in der sie ihre Strafe abtut. Vier Jahre sind schnell vorüber!“ Ich werde

mein Mann ist, beim Betreten eines Hauses den Hausherrn zu begrüßen, nicht aber ihn über den Haufen zu rennen.
Wie man geht, fragt Graf Walderssee erfrigt für die Verbreitung guter Umgangsformen.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 26. Januar 1901.
Aus dem Reichstage.

Der heiliglich gut besetzte Reichstag widmete gestern wieder den nächsten Teil seiner Sitzung im Anschluß an die fortgesetzte Beratung über den Etat des Reichsanwalts des Innern einer sozialpolitischen Erörterung. In der Vorrede des Interpellationsberichts der Sozialdemokraten über die Verlegung der Hinterbliebenen der Chinarbeiter erwidert. Von allen Seiten des Hauses wurde betont, daß die schleimige Einbringung der gestern vom Reichsanwalt in Aussicht gestellten Vorlage bei der Verlegung der Sozialisten aus den früheren Forderungen die Abtragung einer eigentlich schon längst fälligen Ehrenschuld des Reiches bedeuten würde. Einige Redner, namentlich unser Genosse Georg v. Vollmar gaben dem Reichsanwalt Ausdruck, daß es mit der Einbringung des Antragwesens doch wohl nicht zu sehr schnell gehen werde. Hat doch Herr Völkner 3 1/2 Jahre getraut, um sein bekanntes Verprechen, das Koalitionsverbot politischer Vereine aufzuheben, zu erfüllen. Selbst einige Redner der Rechten und der Nationalliberalen Herr von Tiedemann und Prinz von Schwinden-Garolath an der Spitze gebürdeten sich ganz rabiat und erklärten nachdrücklich, sie hätten die China-Neulisten-Vorlage ohne gleichzeitige Verlegung der früheren Kriegsinvaliden nicht bewilligt. Zuletzt gab es noch ein kleines Schärzspiel zwischen dem „roten Prinzen“ und dem Schatzminister v. Tiedemann. Dieser, sonst ein Muster von Sanftmut, hatte die Neugierde lassen, Herr v. Tiedemann habe ihm die Worte verkehrt, worüber der prinzipielle Sozialist der Nationalliberalen in große Erregung geriet: Herr v. Tiedemann möge ihn so höflich behandeln, wie er Herrn v. Tiedemann, rief er ihm unter dem Vorzeichen seiner Unwissenheit zu. Die Vorlage wurde an die Budgetkommission verwiesen.

Die sozialpolitische Debatte eröffnete der bairische Bundesbeamtete Geheimrat v. Hermann mit einer belanglosen Bemerkung gegen die neuzeitliche Rede Vollmars und mit einem Vorbeugnis für den Grafen Vojadostsch, der sich häufig dem Bundesrat unterordnete. Dann sprach der freisinnigste Camp. Herr Camp ist durchaus würdig, der Partei des Herrn v. Stumm und Kardoff anzugehören. Er sprach über das Glück der Landarbeiter, über die angeblichen Briefdiebstähle, über Konsumvereine, welche nach seiner Meinung schlechte Löhne zahlten, über die schwere „Belastung“ der Unternehmer und zuletzt zeichnete er sein Ideal einer allgemeinen Reichsversicherung: Unternehmer und Arbeiter unter Leitung von Staatsbeamten gemeinsam organisiert. Selbstredend fehlte auch nicht das hohe Lied vom Nutzen des Zentralverbandes der Invaliden.

Eine dritte Antwort erteilte dem Vertreter des Schmarfamer-tums Genosse Völkner, der gegen seine Jungfernerde hielt. Völkner behauptete sich keineswegs ausschließlich mit den Ausführungen des Herrn Camp, er führte auch Vojadostschs monardischen Dithyrambus durch den einfachen Hinweis auf die republikanische Verfassung der Hausstädte gründlich ad absurdum, wies den freisinnigen ihre infononente und schwächliche Haltung gegenüber der 12 000 Mark-Rente nach und behandelte in humoristisch-satirischer Weise die Hoffnung, der sich die Herren Rösche u. s. w. von der deutschen Gesellschaft für Sozialreform hingeben, won sie meinen, der Sozialdemokratie die Arbeiter abspenstig zu machen. Stürmischer Beifall aus den Reihen unserer Genossen erfolgte, als Völkner mit dem Satz schloß: Wir Sozialdemokraten verfolgen getreu den Worten unseres großen Karl Marx ruhig und unbewimmert unsere Wege.

Verdächtig unbedeutend waren die Reden des Fürsten Herbert Bismarck, des Sohnes des alten Bismarck über die künftige Grundrente der Landwirtschaft, und des Abg. Kasse über die Erwerbung der deutschen Staatsangehörigkeit. Die Debatte drohte sich in Einzelheiten zu verwickeln, als Genosse Völkner in einer längeren Rede noch einmal das reichhaltige Sündenregister der Sozialpolitik des Reiches und Preußens in der Gegenwart und Vergangenheit aufdeckte. Graf Vojadostsch antwortete sehr matt, ihm sind augenscheinlich allmählich die Worte wie die Gründe ausgegangen.

Am Schluß der Sitzung wandte sich dann noch einmal Genosse Gode gegen das Zentrum und hielt die Angaben seiner Broschüre aufrecht, der Herr Fize Verdrehung der Tatsachen vorgenommen hatte.

Mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen schloß um 7 Uhr die Sitzung. Heute hielt, wie der Präsident Graf Ballochren etwas gereizt sagte, — der Welt der geistigen Tagesordnung zur Beratung.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde gestern noch zunächst der Geschäftsstand erledigt. Zu aufregenden Debatten kam es dabei nicht, aber es ist selbstverständlich, daß sich die Gunst der Gelegenheit nicht entgehen ließen, für einen hohen Verbezug Propaganda zu machen. Herr von Wendel-Esteinfels und der Oberländer Herr von Wangelheim gaben diesem Verlangen Ausdruck, es erhielten aber vom Regierungsrat keine Antwort, die ihrem Herzen Ballast gewesen wäre. Der Landwirtschaftsminister nahm nicht annehmbar um die Oberländer Herr von Wendel-Esteinfels scharf beharrlich. Interessant war es, was der Agrarier über den schlecht zahlenden Militärismus zu hören. Nächst Militarismus braucht Niemand, geht dafür aber so geringe Preise, daß die Verbezüge dabei nicht bestehen können. So schädigt unsere große Arme auch die Landwirtschaft. So muß es kommen.

Dann ging die Kassennotdebatte weiter. Sie wurde durch eine gute Rede des freisinnigen Abg. Gröger, des Anwalt der deutschen Genossenschaftlichen Schulz-Geldlicher Richtung, eingeleitet. Die Rede war nicht nur für manche der Mitglieder die Rede des Abg. Gröger. Sie war volkstümlich, denn sie nahm das Interesse der Konsumenten energisch wahr. Herr Dr. Gröger wies auf die Inkonsequenz der Agrarier hin, die zum für sie nötigen Holz eintraten, der großen Masse aber einen ebenso notwendigen Bedarfartikel, das Brot, verkümmern wollen. Diese Ausführungen hatten Herrn von Kardoff auf die Rednertribüne gelockt. In der ihm eigenen überheblichen Manier suchte er die volkswirtschaftlichen Ansichten seines politischen Gegners als thöricht hinzustellen.

Was er aber an eigener volkswirtschaftlicher Weisheit auspackte, war wirklich nicht der Weisheit letzter Schluß. Herr von Kardoff meinte, die Rolle sei mit dem Getreide nicht zu vergleichen, weil das Getreide ein inländisches Produkt sei, dem vom Auslande her ein unläuterer Wettbewerb gemacht würde. Niemand habe das Recht, billigeres Brot essen zu wollen, als im Ausland produziert werden könne. Unläuterer Wettbewerb ist wirklich nicht ohne. Wie ist es denn mit dem deutschen Zucker. Wären die deutschen Zuckerbarone etwa auch dem Zucker im Ausland, wo er durch die Exportzölle billiger zu haben ist, als bei uns unläuterer Konkurrenz? Haben die deutschen Zuckerbarone nicht auch das Recht, dem Zucker so billig zu stehen, wie er im Ausland produziert werden kann? Was sieht, daß Herr von Kardoff's „Weisheit“ trotz der Unverfrorenheit, mit der er sie vortragen hat, nicht weit her ist und Herr Dr. Gröger hat sehr recht, als er Herrn von Kardoff's erwiderte, im Stenogramm seiner Rede den Wortlaut dieser Stelle nicht zu ändern. Dieser jungerliche Unfug verdient wirklich, offiziell selbengelugt zu werden. Der Antrag v. Korn wurde einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Heute steht der Landwirtschafts-Etat zur Beratung.

Reise, der am Donnerstag verstorbenen, ehemalige Bürgermeister von Berlin, ist 72 Jahre alt geworden. Er war früher im Vorstande der Fortschrittspartei, vertrat da aber immer schon den am weitesten rechts stehenden Flügel. Als er 1892 zum Bürgermeister von Berlin gewählt wurde, jandte ihm Wilhelm II. folgende Rede: „

„Spreche meinen Glückwunsch zur Wahl aus, die ich um so freudiger befinde, als ich weiß, wie sehr Ihnen das Wohl meiner Reichshauptstadt an Herzen liegt. Ich hoffe, Sie recht lange an der Spitze zu sehen und mit Ihnen manches Wertvolle zur Verbesserung Berlins und zu seiner Fortentwicklung durchzuführen. Ihre treuen Gesinnungen gegen mich und mein Haus wohl kennend, bin ich der Überzeugung, die Wahl konnte keinen Besseren und Geeigneteren treffen.“

Bei den Verhandlungen über die Erhebung der Witzgefallenen nach Halle dann eine so jämmerliche Haltung ein, daß kein Mikroskop unermüdlich wurde.

Zur Flottenparade, die aus Anlaß der Trauerfeierlichkeiten für die Königin Victoria von England veranstaltet werden, sollen sämtliche deutschen Kriegsschiffe in den Küstengewässern kommandiert werden. Die Kosten für die „Parade“ werden sich auf Hunderttausende belaufen.

Wilhelm II. bleibt doch in England, bis das Begräbnis seiner Großmutter vorüber ist.

Ein „Erfolg“. Das Auftreten des Ministers v. Rheinbaben gegen die Polen im preussischen Abgeordnetenhaus beantwortet die Kaufmannschaft in Krakau mit der Boykottierung aller reichsdeutschen Fabriken. Die Krakauer Kaufmannschaft beschloß, nur bei polnischen Fabriken in Preußen und Ausland einzukaufen. Genoss sagte die Krakauer Kaufmannschaft den Reichstag, seine Waren von deutschen Fabrikanten zu beziehen und ein Kartell zu bilden, damit der Warenbedarf in Zukunft in erster Linie bei englischen Firmen gedeckt werde.

Ein Krammersches Regiment scheint Graf Bölow einfließen zu wollen. Im Reichstage ist es vorgeschlagen, daß bei den Verhandlungen über die Wohnungsfrage Graf Vojadostsch nicht einfach wie sonst den Standpunkt der Regierung vertrat, sondern tierisch eine Erklärung „namens des Herrn Reichskanzlers“ verlas. In derselben heißt es ausdrücklich: „Der Herr Reichskanzler erkennt“, „Der Herr Reichskanzler ist einverstanden“ u. s. w. Nach diesem Vorgang erklärt, daß der neue Reichskanzler mehr als sein Vorgänger darauf bedacht ist, persönliche Direktiven zu geben und für die Haltung der einzelnen Minister und seine Stellvertreter.

Reichstagsabschlusssitzung. Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages trat am Mittwoch zu einer kurzen Sitzung zusammen. Der Obm., ein altpreußisches Blatt, hat den Reichstag eine „Spottgeburt aus Dreck und Feuer“ genannt, und ein Staatsanwalt hat sich bemüht gefunden, den Reichstag um einen Strafartak zu erlösen. Die Kommission hat jedoch verständigerweise beschlossen, an der alten Praxis festzuhalten und von jedem Strafartak abzusehen.

Keinen Sinn für Feiertagsliebe hat der Herzog von Anhalt, der in diesem Jahre seinen 70 Geburtstag feiert. Er hat an seine „getreuen Landesfürsten“ einen Erlaß gerichtet, in dem er sich gegen alle festlichen Veranstaltungen aus Anlaß seines Geburtstages wendet.

Manche Leute werden dies Verfahren für sehr altmüdig erklären.

Ausland.

Belgien. In der gestrigen Kammerung teilte der Finanzminister eine Note mit, welche die Regierung an die verschiedenen Mächte zwecks Einberufung einer internationalen Konferenz gegen die Spielbills gerichtet hat — Belgien hat allerdings alle Urteile, gegen die Spielbills vorgezogen.

Äfrika. Aus Victoria wird gemeldet, daß bereits einige Zusammenstöße in der Gegend zwischen Victoria und Lourenço Marques stattgefunden haben. Bisher sind hier noch keine Nachrichten über das Geseche bei Balmoral eingetroffen. Die Zahl der Buren, welche zwischen Victoria und Belfost konzentriert sind, beläuft sich auf 10 000 Mann. Man glaubt, daß die Unthätigkeit der englischen Truppen durch die zahlreichen Krankheitsfälle, die im englischen Heere vorgekommen sind, verursacht worden ist.

Soziales.

— Vermittelfreiheit. Das Gemeindefollegium in Fürth, dessen Mehrheit aus Volksparteiler und Sozialdemokraten besteht, hat die veruchswiese Einführung der Vermittelfreiheit an den Volksschulen, zunächst für die beiden unteren Klassen, genehmigt. Dagegen stimmten drei Liberale und ein Demokrat.

Parteianrichten.

Politische Vertrieber.

Von einem thüringer Genossen. V. Kühn, der vor einiger Zeit mit Familie nach Berlin zog, weil ihm sein Malerergänzung durch einen Gelehrer ruiniert worden war, wird im Saal. Hofblatt erzählt, welche politische Verbindungen er in seinen Jugendjahren in Berlin geknüpft hat. Er war Mitglied im Reichstagsklub, der ebenfalls aus Thüringen stammt, auszuweisen hatte. Die politischen Wadenstücken sind so trauriger Natur, daß sie über den Einzelfall hinaus Bedeutung finden werden.

Die Berliner Polizei mußte ausgeschaltet haben, daß es Paul Kühn mit seiner Familie in Berlin zunächst nicht sehr gut ging. Anfang Oktober hielt sich in R. A. Abenteuerei der Kriminalschutzmann Verthoff in V. Kühn's Wohnung ein. Er bedauerte, es nicht anzutreffen und versprach, wiederkommen — und er kam wieder. Das Gelehrd drehte sich bei diesem Besuche in der Saupfanne um heimatische Verhältnisse; V. freute sich angeblich, einen Landsmann gefunden zu haben usw., aber noch und noch kam dertelbe auf Politik zu sprechen und sagte, daß es in Berlin eine ganze Menge „Genossen“ gäbe, die der Polizei über die sozialdemokratische Bewegung Bericht erstatteten. V. K. gab die Möglichkeit zu, daß es solche Klumpen geben könne. Damit endete das Gespräch; V. ging fort. Am 10. November hielt sich dertelbe wieder ein, brachte Kinderbücher für die Kinder mit, lud zu einem Glase Bier ein und fing wieder davon an, daß es „Genossen“ gäbe, die monatlich ihre 60, 75 und 100 Mk. damit verdienen, daß sie der Polizei Bericht erstatteten; die Frauen dieser „Ehrenmänner“ gingen in Summe und Seide — das Geld sei leicht verdient. Wieder gründliche Witzhölzer! Wadenstücken nicht heran. V. K. arbeitete infolge der kurzen Laue nur wenige Stunden, deshalb war der Lohn gering, dazu waren zwei Kinder krank. Da tritt wiederum der „Landmann“ Verthoff ein, ein Paket mit Spielzeug für die Kinder unter dem Arm: Puppen, Bücher, Sabel, Trommeten usw. Wieder folgte eine Einladung zu einem Glase Bier. V. K. nahm an, nur um den Menschen aus der Wohnung

bei ihr leben, und vielleicht wird es mir gelingen, ihr Leben weniger schwer zu gestalten.

Von neuem hielt er inne, denn er war dem Weinen nahe.

„Was soll ich Ihnen sagen?“ verteilte Redendoff. „Ich bin glücklich, daß Sie einen Besucher wie Sie gefunden hat.“

„Ach, das wollte ich nur wissen“, rief Simonon. „Ach, wollte wissen, ob Sie, wenn Sie meine Gefühle für Katharina Michaelovna kennen, wenn Sie wissen, wie ich ihr die Wahrheit im Auge habe, eine Heirat mit mir als ein Glück für sie anzu sehen würden?“

„Ja, das würde ich“, verteilte Redendoff in entschlossenem Tone.

„An Sie allein denke ich! Ich wünsche nur, diese leidende Seele würde ein wenig Ruhe finden.“ Simonon, indem er Redendoff mit einem zu demütigen, so schenktlichen Blicke ansah, wie man ihn bei einem gesundheitlich zu zurückhaltenden und düstern Mann nie ermannt hätte.

Dann näherte er sich Redendoff plötzlich, ergriff seine Hand, lächelte ihm schüchtern zu und küßte ihn auf die Wange.

„Ach, werde ich das alles sagen“, ich werde ihr das alles sagen“, erklärte er und verließ das Zimmer.

Verzehrtes Kapitel.

„Hut!“ sagte Maria Bawlowna, als Simonon hinausgegangen war, „da haben Sie's! Er ist verliebt, wahrhaftig verliebt! Wer hätte das ermannt, daß Wladimir Simonon sich wie der alte Bismarck verlieben würde? Das ist unglaublich! Und ich muß sogar sagen, daß es mich ein bißchen ärgert, hätte ich nicht recht getan.“

„Woher Sie, Katja? Was meinen Sie, denkt sie von alledem?“ fragte Redendoff.

„Wie?“

Maria Bawlowna hielt inne, um einen Augenblick zu überlegen, als wenn sie ihre Antwort so klar wie möglich auszuwickeln wollte.

„Sie? Sehen Sie, trotz ihrer Vergangenheit ist sie eine der reichhaltigsten Personen, die ich je kennen gelernt habe. Sie hat feinere Gefühle, als wir alle. Sie liebt Sie, sie liebt Sie sehr; und Sie wäre glücklich, wenn Sie Ihnen wenigstens

einen negativen Dienst erweisen könnte, indem sie Sie hindert, sich weiter zu verheiraten.“ In ihren Augen war ihre Ehe mit Ihnen ein schändlicher Sturz, der schlimmer als ihre ganze Vergangenheit wäre; und ich bin überzeugt, daß sie infolge dessen nie darauf eingehen würde. Ihre Anwesenheit ist für Sie eine fortgesetzte Ursache der Angst.“

„Aber was raten Sie mir zu denn? Soll ich verschwinden?“ fragte Redendoff.

„Heber Maria Bawlowna's Gesicht leuchtete ein sanftes Lächeln.“

„Nun denn, ja, zum Teufel!“

„Und wie könnte ich zum Teufel verschwinden?“

„Ich bemerke, daß ich noch nicht auf Ihre erste Frage geantwortet habe“, fuhr sie fort, und lachte augenscheinlich der Unterhaltung eine andere Wendung zu geben, „ich wollte Ihnen sagen, daß Katja die exzellente Liebe, die Simonon für Sie empfindet, gemehrt haben muß, obwohl er nie mit ihr davon gesprochen hat. Wie Sie wissen, verziehe ich mich nicht besonders auf solche Fragen; doch ich habe die Empfindung, daß dieses Gefühl nichts weiter ist, als die gewöhnlichste Liebe, trotz aller der höchsten Gefühle, mit der Sie umkleidet ist. Wladimir behauptet, seine Liebe wäre rein platonisch und habe nur die Wirkung, seine Energie zu heben, anstatt sie niederzudrücken. Doch ich fühle wohl, daß das im Grunde gar nicht der Fall ist, daß es ganz einfach ein physisches Verlangen ist, wie das das Wladimir vor sich hat.“

Und Maria Bawlowna wollte sich noch weiter über dieses Thema, das ihr sehr am Herzen lag, ausdrücken, als Redendoff sie unterbrach.

„Und was raten Sie mir zu thun?“ fragte er.

„Ich glaube, Sie sollten von alledem zuerst mit Katja sprechen. Ich gründlich auszusprechen, das ist immer die beste Methode. Verhandeln Sie sich mit Katja! Soll ich Sie Ihnen empfehlen?“

„Ja, ich bitte Sie darum“, sagte Redendoff, und Maria Bawlowna verließ das Zimmer.

Seltene Gefühle bewegten Redendoff's Seele. — während er in dem kleinen Zimmer allein blieb und neben sich den regelmäßigen Atem Vera Simonon's und etwas weiter den unaufrichtigen Lärm der Kriminalverbrecher vernahm. Was ihm

Simonon eben gesagt, hatte den Vorzug, daß es ihn von der überkommenen Verpflichtung befreite, die ihm noch in der letzten Zeit sehr oft schändlich und peinlich erschienen war. Trotzdem war ihm das, was Simonon ihm gesagt, nicht allein unangenehm, sondern verurteilte ihn auch Schmeizen, wie er sie nie vorher erduldet hatte.

Seine Ideen stammten von tausend verschiedenen Ursachen, deren er sich nicht recht bewußt wurde. Es kam ihm z. B. daher, daß Simonon's Vorlesung seinem Verhalten Katholik gegenüber den außergewöhnlichen Charakter genommen hatte, den es bis dahin in seinen eigenen Augen und den Augen der Welt gehabt hatte. Denn, wenn ein anderer Mann und ein Mann, wie dieser, der dem jungen Weibe gegenüber die geringste Achtung hatte, seine Ehe mit dem jungen verheirateten wollte, so hätte doch j. e. Redendoff's Vater, nichts so Geröstetes an sich!

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

— **Der Schulinspektor und das Kamel.** Ein hübsches Geschichtchen soll sich bei einer Schulinspektion im Badischen ereignet haben. Der Schulinspektor prüft in der Naturgeschichte: „Welche Zu was eine Giraffe ist?“ fragte er einen intelligent aussehenden Schüler.

„Jawohl, Herr Schulinspektor, ein Tier in Afrika.“

„Gut, und wie groß ist eine Giraffe?“

„So groß, daß sie in den zweiten Stock reingucken kann.“

Nach einem Kompliment an den Lehrer für seine anschauliche Unterrichtsmethode fuhr der Gelehrte weiter:

„Nun ist es noch ein Tier, welches in Afrika lebt?“

„Das Kamel“, antwortete der Schüler.

„Nun gut, wie groß ist ein Kamel?“

„Etwas kleiner als der Herr Schulinspektor“, lautet die prompte Antwort.

„Warum denn etwas kleiner als ich?“ fragt in ziemlicher Verbitterung der Inspektor.

„Weil der Herr Lehrer gesagt hat, der Herr Schulinspektor sei das größte Kamel!“

Tableau!



3a. 5000 Kilo email. Geschirre fast zur Hälfte

der regulären Preise kommen heute und folgende Tage zum Verkauf.



Hauptgeschäft:
Leipzigerstrasse
(Krammisch' Neubau).

Burghardt & Becher

Filiale:
Oleariusstr.-Ecke
(an der Halle).

Deutschlands grösstes Spezialgeschäft emaillierter Haushaltungsgeschirre.
Fernsprecher 2472.

Achtung! Bauarbeiter von Halle u. Umgeg.

Arbeitslosen-Versammlung.
Dienstag den 29. Januar vormittags 10 Uhr in Faulmanns Lokal, Unterberg 12.
Tagesordnung: 1. Die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern. 2. Verschiedenes.
Alle arbeitenden Bauarbeiter von Halle und Umgegend werden ersucht, zu erscheinen.
Der Einberufer.

Montag den 28. Januar abends 8 1/2 Uhr in Kaufsch Restaurant, Martinsberg 6.

öffentliche Schneider- u. Schneiderinnen-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Unsere im Allgemeinen an die Arbeitgeber zu stellenden Forderungen. 2. Vorkauf.
Es ist unbedingt Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer.

Zentralverband der Zimmerer.

Zahlstelle Halle a. S.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die am 27. Januar geplante Versammlung wegen Verhinderung des Referenten ausfällt; dieselbe findet später noch statt.
Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am 5. Februar statt. Pflicht der Mitglieder ist es, pünktlich zu erscheinen.
Alle nicht verkauften Lokationsmarken sind Sonntag den 27. Januar vormittags bei Streicher an den bisherigen Kassierer Wärter abzuliefern, da derselbe bei Abgabe der Bücher nochmals Rechnung legen muß.
Kameraden, sorgt mit dafür, daß es in diesem Jahre mit verrenten Kräften vorwärts geht.
Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Halle a. S.

Montag den 27. Januar 1901 in Oberg's Bellevue (Gohlager), Lindenstraße.
Projektions-Vortrag
des Herrn Richard Laube, Leipzig, (Institut „Kosmos“) über: Eine Wanderung durch Sachsen, die Sächsl. Schweiz, Erzgebirge etc. mit über 100 9 am großen Lichtbildern zur Erläuterung. Zum Schluß: Neue Silber aus China.
Eintritt 6 1/2 Uhr. - Anfang 7 1/2 Uhr. Entree für Nichtmitglieder 20 Pf., für Mitglieder 10 Pf. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.
Die Mittel des Männerchors werden ersucht, alle zu dem Vortrag zu erscheinen, da nach demselben eine wichtige Besprechung stattfinden muß.
NB. Montag den 28. Januar Vorstandssitzung im „Engl. Hof“.

Männergesangsverein „Süd-Weiß“.

Sonntag den 27. Januar von nachmittags 3 1/2 Uhr in den Ballsälen (Glauchauisches Säulenhau).
Narrenkränzchen.
Freunde und Gönner ladet freundlich ein.
Der Vorstand.

Montag den 4. Februar im Neuen Theater

Tapezierer-Maskenball.
Anfang 8 Uhr. Das Komitee.

Verein Germania.

Unser Maskenball
findet Sonntag den 10. Februar in der Saalhofbrauerei statt. Zur Ausführung kommt:
Die Vamfo-Mühle aus dem Ungarlande.
Karten sind zu haben bei den Mitgliedern B. Lorenner, Heilstraße 27 d. B. Röhl, Bienenstraße 22, H. Viehmann, Eisenbarthstraße 10, in Krotha bei S. Brecht, Ertharstraße 38, in Kröllwitz, H. Rothardt, Thälstraße 24 a.
Anfang 7 Uhr. Es ladet freudl. ein.
Der Vorstand.

Neues Theater.

Sonntag den 31. Januar
I. grosser Elite-Masken-Ball.
Alles Nähere wird noch bekannt gegeben.

Martinsberg 6.

Sonntag den 27. Januar
grosser Unterhaltungsabend.
Es ladet freundlich ein.
H. Kantsch.

Achtung!

Naumburg.
Schubacher-Krankenkasse.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Herren Dr. Geyer und Dr. Jentsch als Kassenzärzte angehehrt worden sind.
Der Vorstand.

Schwarzer Adler, Naumburg.

Sonntag von 4 Uhr ab
Tanz-Musik.
Um 7 Uhr Kaffee-Kränzchen.
Es ladet ergebenst ein.
K. Heintzel.

Regel-Club Liebenau.

Sonntag den 28. Januar 1901 im Neuen Bürgergarten, Liebenauerstraße 157.
Familien-Abend.
Der Vorstand.

Stauend billig

wegen Aufgabe folgender Artikel
Regulatore mit Schlagwert für nur 14, 17, 20, 24 u. 30 M.
Bilder nur 3 1/2, 5-10 M.
Bettvorleger 1 1/2-6 M.
Leppiche nur 6-25 M.
Nähmaschinen prima Fabrikat unter Garantie nur 55 M. und noch viele andere Sachen ebenso **stauend billig.**

Jul. Rosenberg,

nur
Gr. Ulrichstr. 54 I.
Bitte genau auf Straße u. Firma zu achten.

Paul Knobloch's

Zahn-Atelier
Thomasstraße 47, 1. Etage.
Kunstliche Zähne
b. 2 M. an.
Jahresl. Zahnziehen
ambieren in Gold,
Silber und
Emaille.
Reparaturen schnell und billig.

Märbel, Gummibälle, Spielreifen.

Wichtige Bezugsgesellschaft für Wiederverkäufer.
Gebr. Buttermilch,
Halle, Fernsprecher 508.

Bitterfeld.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Sonntag den 27. Januar abends 7 Uhr in Oelgerss Lokal
IV. Stiftungsfest mit Ball.
Hierzu laden die Verbandsmitglieder von nah und fern ein.
Die Bevollmächtigten.

Neu! Neu! Neu!

Ideal-Orchestron
das neueste in Halle,
täglich zu hören und zu sehen im
Restaurant z. Neumühle
Schloßberg 1.

R. Gottschalk's
Masken- u. Theatergarderoben-Verleih-Institut
Kleine Ulrichstraße 25, I,
hält seine reichhaltige Auswahl neuer feiner Herren- u. Damen-Masken-Kostüme bei solider Preisstellung bestens empfohlen.

Waren-Kredit-Haus
Robert Blumenreich
Halle a. S.
Gr. Ulrichstrasse 24,
I. u. II. Etage.
Möbel-Kredit-Haus.
Kleine Anzahlungen.
Spielend leichte Abschaltungen.
Beim Kauf strengste Verschwiegenheit.

Sehr beachtenswert!

Hiermit gebe ich dem geehrten Publikum von Leuchern und Umgebung bekannt, daß ich für das bevorstehende Frühjahr einen größeren Vorrat:
Kinderwagen
in nur neuesten Mustern und soliden dauerhaften Materialien bestellt habe und in Kürze erhalten werde.
Wer daher in dieser Saison eines Kinderwagens bedarf, kann durchaus nicht eriparen, wenn er direkt in der Fabrik kaufen will, da man dort allenfalls beim Einzelkauf höhere Preise als in Detailgeschäften bezahlen muß.
Ich sichere Jedem gute und reelle Bedienung bei äußerst billigen Preisen zu und bitte bei einstellendem Bedarf um gütige Berücksichtigung.
Auf Wunsch Kataloge und Preislisten über Kinder- u. Handwagen. Versandt auch nach auswärtig.
Gleichzeitig bringe ich mein Lager in:
Möbel, Handwagen, Herren-, Knaben- und Arbeits-Garderobe, Schuhwaren, Woll-, Baumwoll- und Schnittwaren, Posamenten und Kurzwaren, Volkgarne etc. etc.
in empfehlende Erinnerung.
Hochachtungsvoll
Karl Christ, früher: Ed. Gröbe,
Leuchern, Pegauerstraße 15.

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 23

Halle a. S., Sonntag den 27 Januar 1901

12. Jahrg.

Die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter

in Halle a. S.

Resultate einer am 31. August und 2. September 1900 vom Sozialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis veranstalteten Erhebung.

Im Auftrage des Vorstandes bearbeitet von Wilhelm Zwintow.

IV. Die Resultate der Erhebung.

a) Männerhöhe.

In dieser fast ausschließlich von Arbeitern (zum allergrößten Teil wohl Anfänger der Sozialdemokratie) bewohnten Straße war das Resultat der Enquete, soweit die Ausfüllung der Fragebogen in Betracht kommt, ein sehr günstiges. Von 216 ausgegebenen Fragebogen gingen 174 ausgefüllt ein; nur zwei mangelten davon wegen Mängel in der Aufschrift ausgehändigt werden. Abweichungen waren nur einige wenige zu verzeichnen, die Aussteller der Fragebogen wurden im Allgemeinen mit großer Zuverlässigkeit aufgenommen und ihnen die Ausmessung der Wohnung, so weit die Mieter dieselbe nicht selbst vornahmen, mit der größten Bereitwilligkeit gestattet. Die Sympathie der Mieter in dieser Straße mit dem unternommenen Werke des Sozialdemokratischen Vereins äußert sich auch in den mannigfachen Bemerkungen auf den Fragebogen: „Es ist die höchste Zeit, das etwas geschieht!“, „Die Stadterhaltung hätte längst was thun müssen!“, „Arbeiterwohnungen baldigt bauen!“, „Einer befindet sich unter den 216 Mietern allerdings auch, der ein unbegrenztes Vertrauen zu dem Magistrat zu haben scheint, ein Brauereiarbeiter. Er verweigerte die Ausfüllung des Fragebogens, indem er bemerkte, „das wird der Magistrat schon fertig regeln, dazu brauchen wir keine Sozialdemokraten.“

Wobei der gute Name in seinem Vertrauen zu unserer Kommunalverwaltung erklärt werden!

Unter den 172 Haushaltungsvorstehern sind nur 1 selbstständiger Handwerker, 78 qualifizierte Arbeiter, meist in der Eisen- und Holzindustrie tätig, 14 Beamte, 60 ungelernete Arbeiter, 4 Knäufler, 1 Handblechmann, 1 Kellner, 1 Konditor, 1 Dienstmann und 11 Frauen, darunter einige, die gewerbliche Arbeit außerhalb ihrer Wohnung verrichten.

Die 172 Familien bestehen aus 753 Köpfen. Dazu kommen noch 51 Mieter, so daß also die 172 Wohnungen 804 Personen beherbergen. Von den 51 Mietern haben nur 7 möblierte Zimmer inne, der Rest sind sogenannte Schlafleute.

Von den Wohnungen bestanden

5 aus 1 Raum mit 7 Personen	81	2 Räume	102
98	3	444	
42	4	246	
1	5	5	

Stehbare Räume (inkl. Küchen) waren vorhanden in

28 Wohnungen je 1 mit 67 Bewohnern	96	2	454
38	3	209	
15	4	94	

29 oder 16,3 Prozent der Wohnungen waren ohne Küche, in zwei sogenannten Küchen fanden nur Grubenöfen.

Von den insgesamt vorhandenen 518 Räumen waren 387 oder 74,7 Prozent stehbar. In 46 Wohnungen waren sämtliche Räume mit Heizvorrichtungen versehen.

Gewerbliche Arbeit wurde in 6 Wohnungen verrichtet. Übermietet hatten 32 Familien oder 18,6 Prozent. Eine Mäherin, die eine aus 4 Räumen bestehende Wohnung zum Preise von 285 M. pro Jahr inne hat, hält vier Schlafleute. Sie erklärt diesen Umstand wie folgt: „Ich hätte mir gern für meinen Stand eine kleine Wohnung gemietet, wenn ich überhaupt eine hätte finden können.“ Die größte Zahl derjenigen, die übermietet haben, stellen die Inhaber der Wohnungen mit 4 Räumen.

Der Rauminhalt sämtlicher 172 Wohnungen beträgt 17622,5 Kubikmeter; im Durchschnitt entfallen also pro Wohnung 102,45 Kubikmeter; pro Kopf der Bewohner kommen im Durchschnitt 21,9 Kubikmeter Rauminhalt.

Es hatten Rauminhalt die

Wohnungen:	insgesamt	pr. Wohnung	pr. Person
	qm	qm	qm
5 m. 1 Raum u. 7 Verf.	171	34	24,4
81 - 2 Räume	2323	75	22,8
98 - 3	444	114	28,9
42 - 4	246	57,45	23,3
1 - 5	5	163	82,6

Überfüllt waren von den 172 Wohnungen bei Annahme von 20 Kubikmeter Rauminhalt als Minimum 62 oder 36 Prozent. Legt man als Minimum für jeden Erwachsenen 20 Kubikmeter, für jedes Kind 10 Kubikmeter Rauminhalt zu Grunde, dann sind noch überfüllt 18 Wohnungen oder 10,5 Proz. Weniger als 10 Kubikmeter Rauminhalt pro Person kamen vor in 3 Wohnungen, in einer 8,2, in der zweiten 9,5 und in der dritten 9,3 Kubikmeter.

Der Flächeninhalt der 172 Wohnungen betrug 6269 Quadratmeter, im Durchschnitt pro Wohnung 36,4 Quadratmeter, pro Person 7,7 Quadratmeter.

Es hatten Flächeninhalt die

Wohnungen:	insgesamt	pr. Wohnung	pr. Person
	qm	qm	qm
5 m. 1 Raum u. 7 Verf.	63,5	12,7	9
81 - 2 Räume	939,0	30,2	9,2
98 - 3	444	34,8	7,3
42 - 4	246	186,5	46,7
1 - 5	5	59,5	12

Unter dem Durchschnitt waren in der ersten Klasse 3 Wohnungen oder 66 Proz., in der zweiten 28 oder 90,3 Proz., in der dritten 38 oder 40,8 Proz., in der vierten 26 Wohnungen oder 61,9 Proz.

An Mietszins wurde inkl. Wasserrente erhoben insgesamt

pro Jahr 30 729,51 M. Den niedrigsten Mietszins zahlten mit 60 M. zwei Inhaber von aus einem Raum bestehenden Wohnungen, den höchsten mit je 308 M. drei Inhaber von aus vier Räumen bestehenden Wohnungen.

Mietszins wurde gezahlt pro Jahr für

Wohnungen:	insgesamt	pr. Wohn.	pr. Verf.	pr. obm	pr. qm
	M.	M.	M.	M.	M.
5 m. 1 Raum	377,60	75,56	59,90	2,20	5,94
81 - 2 Räume	4 186,40	184,98	40,84	1,78	4,43
98 - 3	15 829,39	170,16	35,64	1,49	4,88
42 - 4	1 085,99	24,4	4,09	1,75	5,13
1 - 5	27,4	27,4	54,80	1,68	4,60

Ueber die Ausführung der Kosten für die Instandhaltung der Wohnung machten 143 Mieter Angaben. Von diesen mußten 90 oder 62,9 Prozent alle Reparaturen selbst bezahlen, in 44 Fällen oder 30,7 Prozent trägt der Wirt die Kosten, in 8 Fällen oder 5,5 Prozent werden dieselben von Wirt und Mieter zur Hälfte aufgebracht, in einem Falle hat der Mieter alle Reparaturen bis zum Betrage von 2 M. zu bezahlen, während die größeren der Wirt zu bezahlen hat.

Für die Benutzung des Waschkabins und des Trockenbodens haben die Mieter mit wenigen Ausnahmen etwas zu entrichten. In den meisten Fällen wird 10 Pf. pro Tag erhoben, vereinzelt 7 1/2 Pf.

Die Aborte befinden sich bei etwa der Hälfte der Wohnungen im Treppenhause, bei der anderen Hälfte im Hofe. Nur einer einzigen Familie steht ein solcher allein zur Benutzung zu; von den übrigen benutzen 2-10 Familien einen Abort.

Das die Viehschneiderei der Wohnungen anlangt, so wird in vielen Fällen über Feuertagheit geklagt. Nicht weniger als 14 von den 172 Mietern klagen über große Risse, einige von ihnen bemerken noch, daß im Winter die Wohnung kaum warm zu bekommen sei. In einigen Wohnungen sind Wägen und anderes ungeeignet. Außer diesen Mängeln bestehen noch eine Reihe anderer:

Ein Mieter des Hauses Nr. 45 bemerkt: „Die Risse in dem Aufenthaltsraum von Menschen ungeeignet. Der Ausgang ist ohne Vorhänge. Der Wirt will nichts ändern.“

Aus demselben Hause sagt ein anderer Mieter: „Wirt will nichts machen lassen. Die Deien sind alle kaputt, die Wände feucht.“

Ein Mieter des Hauses Nr. 47 bemerkt: „Unter dem Treppenhause befindet sich der Abort, in welchem Horden hängen. Das Geruch ist sehr unangenehm, sonst kommen mir die Ratten in die Stube; auch der Gestank läßt das Denken nicht zu.“

In demselben Hause hat ein Ehepaar eine aus einem Raum (Küche) bestehende Wohnung inne, für die es 70,80 M. jährlicher Mietszins zu entrichten hat. Der Rauminhalt dieser Stube beträgt 32 Kubikmeter, der Flächeninhalt 11,5 Quadratmeter. Dieser Raum dient den beiden Seiten nicht allein als Wohn- und Schlafraum, sondern auch als Arbeitsraum; der Mann beschäftigt sich mit Anfertigung von Kartons. Dazu ist die Wohnung noch feucht; seit 6 Jahren ist nichts repariert worden!

In den Häusern Nr. 49 und 50 fehlt in einigen Wohnungen der Ausgang. Das Schmutzwaßer muß nach dem Hof getragen werden.

Ein Mieter des Hauses Nr. 52 klagt: „Direkt unter dem Fenster meiner Schlafkammer befindet sich die Abgrube, daneben der von 7 Familien benutzte Abort ohne Belüftung.“

Zwei Mieter des Hauses Nr. 56 bemerken gleichlautend: „Die Treppen sind fleckig, für Kinder kaum passierbar.“

Aus dem Hause Nr. 74 schreibt ein Mieter: „An der Wohnung ist folgendes Mäße: Nach dem Abort muß man entweder über die Straße oder durch den Keller. Das Wasser ist im Hof zu holen.“

Zwei von den 172 Mietern haben auf den Fragebogen ausdrücklich ihre Zufriedenheit mit ihren Wohnungen befundet; beide haben Wohnungen im Hause Nr. 44 inne. Der eine, ein alleinlebender Schmied, bewohnt eine Stube mit 56 Kubikmeter Rauminhalt, für die er 98 M. Miete bezahlt. Er hat an der Wohnung keinen Tafel. Der andere, gleichfalls ein Schmied, dessen Familie aus sieben Köpfen besteht, bewohnt Stube, Kammer und Küche für 210 M. pro Jahr. Er versah die Küche des Fragebogens, in welcher die Frage nach der Größe der Räume enthalten waren, mit dem Vermerk: „Sehr geräumig.“ Die von dem Arbeiter bezogene Räume messung ergab bei der Stube einen Rauminhalt von 56 Kubikmeter, bei der Kammer von 15 Kubikmeter; und bei der Küche von 24 Kubikmeter, insgesamt 95 Kubikmeter, d. h. pro Kopf der Bewohner knapp 12 Kubikmeter. Der Flächeninhalt sämtlicher 3 Räume betrug 30 Quadratmeter. Die Wohnung ist in der That „sehr geräumig!“

Herr Oberpfarrer Wächter hat dem Bearbeiter auf seine Anfrage die Zeit bezeugt, in welcher die Notiz im Volksblatt erschien, mit der der Gen. Arbeiter-Verein seine Klagen über die Teilnahme an der Erhebung begründete. Sie ist enthalten in Nr. 260 des Volksblattes vom 5. November 1899 und hat folgenden Wortlaut:

„Eine ruhende Arbeit beisteht der Evangelische Arbeiterverein. Er hat an die höchsten Stellen eine Eingabe gerichtet, welche um Erstattung von billigen Arbeiterwohnungen erjudt. Der neue Anleihenplan gibt den linderbaren Schmarren den die Antwort. Da sind zwar über 3 Millionen Mark für Arbeiterwohnungen vorgesehen, aber kein Anzeichen für Arbeiterwohnungen. — Fast ist man verdammt anzunehmen, die Eingabe an den Magistrat ist nicht auf Nichts zurückzuführen, sondern sei demselben Arbeiterverein hätte sich unersetzliches Verdienst durch diese Notiz um so weniger abtun lassen dürfen, an dem Werte zur Förderung des Wohlbefindens in Halle teilzunehmen, als der Sozialdemokratische Verein unmöglich mit dieser Notiz des Volksblattes ohne weiteres identifiziert werden kann. Der Bearbeiter glaubt aber nach seinen Beobachtungen dem

Gen. Arbeiterverein kaum Unrecht zu thun, wenn er der Meinung Ausdruck giebt, daß dem Gen. Arbeiterverein die Volksblatt-Notiz für die Begründung der Ablehnung sehr willkommen gewesen ist.“

Deutscher Reichstag.

33. Sitzung, Freitag, den 25. Januar, 1 Uhr.
Am Bundespräsidenten: Graf Ploß und Graf v. Tschirner, v. Goltz.

Die erste Beratung des Gesetzes wegen Verforgung der Teilnehmer an der Chinaexpedition und ihrer Hinterbliebenen

wird fortgesetzt. Abg. Schäfer (Zent.) begrüßt es mit Freude, daß der Reichstag über seine getrigge Erklärung die gleichmäßige Behandlung der Invaliden aus den früheren Kriegen zugeht habe. Mit der Vorlage sei er einverstanden.

Abg. von Vellmar (Soz.) Wenn wir auch der ganzen Expedition freudig gegenüberstehen, so kann das natürlich keine Folgen für die Behandlung der Opfer dieses Krieges haben. Wir waren allerdings entschlossen, die Vorlage nicht der Hand zu geben, bevor wir die Forderungen genaugen hätten. Die Vorlage der Invaliden aus den früheren Kriegen anzuerkennen. In dieser Richtung sind wir nun befreit, denn durch die getrigge Erklärung des Reichstages hat die Regierung ihre trühere ganz unbegründete Haltung aufgegeben. Wir erwarten aber, daß es mit diesem Vorhaben nicht weit, wie mit gewissen anderen Reichstagsentwürfen verfahren, sondern daß in demselben kürzester Zeit auch die Vorlage vorgelegt wird.

Abg. Graf Oriola (natlib.): Auch wir hatten die Absicht, die Vorlage so lange nicht zu befehlen, bis wir die alten Invaliden gefordert und über deren Behandlung dem Reichstages des Reichstages und über unser mehr der Vorlage sympathisch gegenüber. Von Einzelheiten will ich nur hervorheben, daß der Staatssekretär von Tirpitz als tüchtiger Mann keine Beamten in Kantonien in die Vorlage mit hineingebracht hat. Aber die Beamten in Kantonien und Mexiko sind doch nicht in der gleichen Lage wie die Kollegen in Kantonien. Der Staatssekretär der Marine scheint ein mächtiger Mann zu sein, als der Staatssekretär des Auswärtigen, obwohl dieser Reichstagsrat ist (Witz), die gleiche Behandlung muß befreit werden. Mit dem Vorhaben des Reichstages zugleich mit auch die weitere Förderung des Reichstages erreicht werden: eine gerechte Reform und Revision der Militärpensionen. Der Reichstag wird für die erforderlichen Mittel sorgen. (Bravo! bei dem Natlib.)

Admiralitätsrat Perels sucht nachzuweisen, daß die Marinebeamten von Kantonien nicht anders mit in die Revisionsvorlage aufgenommen werden müßten.

Abg. von Tiedemann (Hpt.) erklärt sich nach der getriggen Erklärung des Reichstagsraters für die Annahme der Vorlage. Esprecht wäre es, wenn im Verwaltungsweise dafür georgt würde, daß auch alle die Veteranen, die als hilfsbedürftig anerkannt sind, ihren Ehrensold in befriedigender Weise erhalten. (Sehr richtig! rechts.)

Reichstagsratersrat Herr von Tiedemann: In der Budgetkommission liegt ein Antrag Oriola vor, der die Erhöhung der Mittel für die Invaliden erfährt, von denen ein Teil nach der Verlegung entbeht. Im Namen des Reichstagsraters kann ich erklären, daß die verbündeten Regierungen diesem Antrag sympathisch gegenüberstehen. (Beif. Bravo.) Die Abg. Dr. Bachmann (Hr. Vgl.) und Dr. Müller-Sönan (Hr. Vgl.) sprechen gleichfalls ihre Freude über die Erklärung des Reichstagsraters aus.

Abg. Graf Hou (konf.) begrüßt ebenfalls die Regierungserklärung. Die Vorlage werde demnächst zu einem würdigen Centmal der 200 Jahrtier gefeiert. (Bravo! links.)

Abg. Prinz Schönau-Carolath: Ich hätte gewünscht, daß die Erklärung des Reichstagsraters etwas bestimmtere Aussagen hätte. Es wäre sehr wünschenswert, wenn der Reichstagsrat den ca. 8000 natteren Veteranen von Januar bis April dieses Jahres die 120 Mark auszahlen lassen möchte. Die Indemnität wird ihm der Reichstagsrat mit Freuden gewähren.

Reichstagsratersrat Herr von Tiedemann: Ich habe dem Antrage Oriola in der Budgetkommission meine Sympathie ausgesprochen und diese Sympathie-Erklärung bedeutet bares Geld. Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an die Budgetkommission verwiesen. Antwort wird die zweite Beratung des Staats des Reichstagsraters des Innern fortgesetzt.

Bairischer Bundesbevollmächtigter Scheinrat v. Hermann

Der Abg. v. Vellmar hat neulich einen Artikel in der Augsburgischen Abendzeitung geschrieben und es ist hingefügt, als ob dieser von der bairischen Regierung aus. Ich stelle fest, daß die bairische Regierung in keiner Beziehung zu diesem Artikel steht.

Abg. Camp (Hr. Vgl.) behauptet, daß an den deutschen Parteien so viel ausländische Gesellen zugelassen werden. Die dauernde Spannungnahme des deutschen Geldmarktes für ausländische Anleihen vergrößert die Krisis. Das Vorgehen bietet eine Handhabe, die Zulassung ausländischer Gesellen einzuschranken. Die Zentralbankanstalt, die Herr Vellmar selber verlangt, hat für die Landwirtchaft wenig Wert, großen Wert aber für die Industrie. Aber wer soll denn diese Anleihen ausgeben beauftragen? Da kann wohl auf dem Wege der Dezentralisation mehr geleistet werden, als durch eine Zentralbank.

Herr Vellmar hat Herrn v. Scharhoff ganz unbedeutend angegriffen. Äußere Gerüchte sind die notwendige Voraussetzung für die Fortführung der Sozialpolitik, die uns allen am Herzen liegt. Die Landwirtchaft kann nur dann die Kosten tragen, wenn sie höhere Getreidepreise erzielt. Die Befreiung der Grundbesitzer durch humanitäre Einrichtungen ist in keinem Lande so hoch wie bei uns. (Bravo! b. Zent.) Die Sozialpolitik ist ein sehr wichtiges Thema, welches weiter verhandelt werden muß wie bei der Arbeiterüberordnung, wo wir uns seit Jahren quälen, den Fehler wieder zu tun machen. Herr Vellmar, der von den Sozialdemokraten so heftig angegriffen wird, hat ein hohes Verdienst um das Zustandekommen unserer sozialpolitischen Gesetzgebung auf dem Wege der Verständigung mit den Arbeit-

gehört. Im Kampf gegen die Unternehmung kann Sozialpolitik überhaupt nicht gemacht werden. Die Preisveränderung unterer Grundbedürfnisse formen die Grundbedürfnisse der Arbeiter überhaupt nicht heran. (Hoch links.) Wir zahlen unsern traurigen Arbeitern den Lohn fast ganz fort. Wohnung, Stuhl, Depuit, alles hoch nicht auf und zwar das ganze Jahr durch, da wir Jahreskontrakt haben. Für Wohn- und Winterverpflegung sind wir auch, also das heißt eine hoch sehr beigetragen sein. Mein Ideal wäre, alle Versicherungen zusammen zu legen und dabei eine Organisation der Unternehmer und Arbeiter zu schaffen.

Was die 12000 Mark-Affäre anlangt, so hat der Verband der Industriellen, der so viel Kapital und Ansehensgenossenschaft mit Recht einen Anstand darauf, Kritik auf die Angelegenheit auszuüben. (Hoch links b. d. Soz.) Die Regierung hat sogar die Pflicht, den Wünschen dieser Interessengruppe zu entsprechen, so lange sie mit dem allgemeinen Interesse übereinstimmen. (Hoch b. d. Soz.) Über die Winterverpflegung Interessen haben die Herren ganz richtig. (Hoch. B. n. n. v. d. Soz.) Abgesehen davon, die sie das benutzen. (Geisterf.) Im Vertrauen kann ich den Herren sagen, daß Herr Weisheit dem Geheimrat Goldberger, dem Leiter des Vereins für Handel und Industrie, etwa dieselbe Antwort gegeben hat wie Herrn Buch, daß er gern bereit sei, sich der unvollständigen Antwort zu unterwerfen.

Unangenehm berührt hat mich in dem Briefe Weisheit die Bemerkung, daß man Herrn von Werlich nicht bekommen hätte. Das ist nämlich unrichtig. Herr v. Werlich ist aus ganz anderen Gründen gegangen.

Herr Soz. meint, ein Lohn von 4 Mark in dem einzigen Konsumverein zu zahlen, (Hoch links rechts.) Wenn das wirklich Ihre Ansicht ist, so werden wir uns leicht verständigen, wenn nicht, dann fangen Sie gefälligst bei sich selbst an und zahlen Sie Ihren Arbeitern höhere Löhne. Das Interesse aber war, daß Herr Soz. meinte, daß wir werden so wie für unsere Arbeiter zu zahlen, in dem Konsumverein müssen wir den Konsumern rechnen. (Hoch links rechts.) Haben denn die sozialdemokratischen Arbeiter allein mit der Konkurrenz zu kämpfen? (Sehr auf rechts.) Sorgen Sie erst dafür, daß in anderen Ländern durch Weisheit zu viel für die Arbeiter gebracht wie bei uns, dann unsere Exportindustrie gegen die ausländische Konkurrenz zu kämpfen, das wird es ihr auch möglich sein, ihre Arbeiter besser zu bezahlen. (Brauo rechts.)

Abg. Fürst Bismarck (konf.):

Die neuliche Behauptung des Abg. Fischelk weiß ich darauf hin, daß die Behauptung des Abg. Fischelk, daß die Grundrente verbunden wolle. Bezüglich der Erhöhung der Rente mache ich darauf aufmerksam, daß das Ausland die Erhöhung der Rente miträgt, sonst würden sich die Betriebe produzierenden Länder nicht über eine Zulassung unterwerfen aufzutreten. (Sehr richtig rechts.)

Abg. Dr. Hoffe (natl.):

wünscht eine Reform des Gesetzes über den Erwerb und Verlust der deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit.

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Abg. Soz. hat nicht etwa die Höhe in den Konsumvereinen im allgemeinen als vollkommen ausreichend bezeichnet, sondern er hat nur gesagt, sie könnten wohl den Vergleich aushalten mit den Löhnen in einem agrarischen Konsumverein, von dem er gerade sprach. Die Bemerkung, daß auch die Konsumvereine mit der Konkurrenz rechnen müßten, hat Herr Soz. auch nicht in Bezug auf die Höhe, sondern in Bezug auf die Arbeitszeit gemacht. Nach den Erfahrungen des Herrn Gomp muß die Höhe des Arbeiterlohnes sein, aber die höchste Höhe, daß seine Ausführungen mit den Thatsachen nicht übereinstimmen, ist doch die Tendenz, über die die Herren Agrarier so oft klagen.

Herr Soz. hat sich neulich als Führer des monarchischen Prinzips hingestellt und erklärt, falls jemals ein Reich eine republikanische Richtung die Oberhand haben werde, so sei die Errichtung des Deutschen Reiches mit solchen Zuständen nicht mehr vereinbar. In der Reichsverfassung, auf die er sich dabei bezieht, ist es nun bezüglich der Konstitutionierung: S. W. der König, von Königen, von Königen, von Königen, von Königen, von Königen, und dann werden die lübbekischen Fürsten aufgehoben. In der Verfassung des Norddeutschen Bundes werden aber als konstituierende Gewalten ausdrücklich die drei Hansestädte Bremen, Hamburg, Lübeck mit aufgeführt. Schon daraus geht hervor, daß mit der Errichtung des Deutschen Reiches die monarchischen auch die republikanische Institution wohl vereinbar ist. (Hoch rechts.) Ich muß meinen Verehrten darüber Ausdruck geben, daß keiner der Vertreter der freien Städte sich gegen die Behauptung des Grafen v. Bismarck, die ihnen die Gleichberechtigung absperrt, verwahrt hat.

Herr v. Bismarck hat ferner behauptet, jedes Wort der preussischen Geschichte beweise, daß unter der preussischen Monarchie die unteren Klassen ihr volles Recht bekommen hätten. Wie kann man eine solche Behauptung ausbreiten, zu einer Zeit, wo wir in Preußen noch die Grundordnung haben! In Preußen haben auch die Grundbesitzer nicht das Konstitutionsrecht (Hoch rechts) und die Wahlberechtigung, die wir in Preußen aufstellen, so kann ich nur annehmen, daß er durch die Behandlung, die ihm in letzter Zeit zu Teil geworden ist, vollständig sein klares Urteil eingebüßt hat. (Hoch rechts.)

Die vorgerichtete Erklärung des Abg. Müller-Saun, er könne in der 12000 Mark-Affäre nicht für eine irgendwelche Untersuchungskommission in dieser Angelegenheit Verantwortung übernehmen, ist der Erklärung, die er vorher abgegeben hatte, daß die Angelegenheit nicht bloß die Sozialdemokraten angehe. Seine Rechtfertigung damit, soweit die 12000 Mark-Affäre in Frage komme, ist ja der Charakteristischer, nicht in Hinsicht auf die Sache ist nun durchaus nicht überzeugend. Unausgesprochen ist der Widerspruch zwischen der Erklärung des Reichsanwalts, es sei ein schwerer Mißbrauch begangen und dem Reichsanwaltsverbot des Grafen v. Bismarck. Unausgesprochen ist ferner, wie Herr v. Bismarck erklären konnte, er übernehme die Verantwortung, während Herr von Weisheit einfach behauptet, daß die Weisheit die 12000 Mark im Verhältnis des Innern verwendet worden sind.

Dieser einzelne Fall müßte überhaupt Anlaß geben, einmal gründlich in das ganze bürokratische Regierungssystem hineinzusehen, das man fälschlich ein monarchisches nennt. Dem Ansehen nach regiert die Regierung in Preußen, es aber ganz offensichtlich, daß die Bürokratie gelenkt wird durch die verschiedenen Interessentengruppen, die sich aus den herrschenden Klassen gebildet haben. Es sind die landwirtschaftliche, die großindustrielle und die kaufmännische Klasse, die aber ihren Interessenfall nicht in aller Öffentlichkeit auszusprechen, sondern sich eine so günstige Gelegenheit, in dies Winterverpflegung hineinzulegen, nicht bieten, denn jetzt wird sicher die Parole ausgegeben werden: So etwas thut man, so etwas sagt man aber nicht. Wenn die Freireiigen unsere Resolution ablehnen, so beweisen sie, daß sie die Verhältnisse des Reiches nicht verstehen.

Wir freuen uns über das Eingeständnis des Herrn Gize, daß die Arbeiter in Kampfverhandlungen zusammenkommen müssen. Goffertlich behagen die christlichen Gewerkschaften diese Mahnung, die freien Gewerkschaften haben die Neutralität nie verlernt. Wir sind sicher, daß fälschlich auch die christlichen Gewerkschaften in den sozialdemokratischen Reihen einzuwirken werden. Wie weit wir schon sind, zeigt, daß ein Teil des Bürgertums bereits zu einer Art sozialistischer Willkür greift. Die Arbeiter greift. Die Arbeiter lassen sich aber durch solche sozialistische Vertiefung nicht täuschen, höchstens die Herren v. Stumm und v. Rosdorf. — Auf uns können weder Wohnungen noch Druck-

gegen einwirken, die wir dem Worte unserer großen Reichsversammlung, daß wir den Reichsanwalt anrufen und unbedenklich (Brauo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Caspary (Zentr.):

tritt für die Errichtung der von dem Abg. Mühlhölzer beantragten Zentral-Konsumvereine ein.

Abg. Wolfenbüttel (Soz.):

Herr Gomp meinte, auf dem Lande werde schon genug für die Kranken-Verpflegung gethan. Die Thatsache aber, daß gerade die Invaliditätskassen in Preußen die meisten Verfallenen von langer Dauer erhalten, beweist, daß dort die Invaliden-Verpflegung als Surrogat für die Kranken-Verpflegung benutzt wird. — Was die Löhne der preussischen Monarchie für die arbeitenden Klassen betrifft, so hat Vedehour schon mit Recht auf die Grundordnung verwiesen. Ich erinnere an die Grundbesitzer-Verordnung vom 1788. (Hoch links rechts.) 1898 400 Verurteile in den höchsten Gerichten zeitlichen von der Arbeit ausschloß, weil sie von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch machten, das man wohl auch ein Jubiläumblatt für die Sozialpolitik der preussischen Monarchie aufstellen!

Herr v. Bismarck erklärte, daß die ausländischen Arbeiter unserem Beispiele in der Arbeiter-Verpflegung folgen müßten, sonst könnten wir bei jeder Belohnung nicht konkurrenzfähig bleiben. Der vergoldete Döbeln auf der Barriere Welt-Ausstellung, die die Leistungen der deutschen Verpflegungs-Gesellschaft darstellte, mußte allerdings nicht in die Hände der ausländischen Arbeiter gehen, es ist nicht so schlimm mit diesen Leistungen der Verpflegungs-Gesellschaft. Man hätte auch darstellen sollen, wie groß die Summe ist, die ein Unternehmer für einen verletzten Arbeiter täglich auszugeben hat.

Dahin man aber nicht Geld sondern nur Kupfer nehmen können. Soz. hingegen weigerte, die tägliche Leistung eines Unternehmers für einen Arbeiter dar. Graf v. Bismarck spricht von der industriellen Konkurrenz. Das war wohl eine Empfehlung höherer Schulgröße. Die so gefürchtete englische Konkurrenz zahlt aber viel höhere Löhne als die deutsche Industrie. Wenn wir die englische Konkurrenz bezwängen, die deshalb, weil die Vollständigkeit der deutschen Arbeiter infolge der niedrigen Löhne gedrückt wird. Die Koalitionsfreiheit hat den englischen Arbeiter viel mehr eingebracht, als den deutschen die Verpflegungsgesellschaft. (Sehr auf b. d. Soz.) Da sollten wir doch endlich aufhören, die Arbeiterverpflegung gegen das Koalitionsrecht auszuspielen.

Abg. Pohl zu Serrnhöfen (natl.):

Von einem so langweiligen Tempo in der Sozialpolitik kann man nicht irreden. Das Tempo hat sich lediglich nach der Bedeutung der festgestellten Missstände zu richten. Der Zentralverband repräsentiert nicht die Interessen der Arbeiter, sondern gewiß berechtigt, sie dürfen aber nicht wie der Zentralverband berichten, eine Art Nebenregierung darstellen. — An den Staatssekretär richte ich die Frage, wie er sich zu einem Antrag stellt, der sich gegen die Verunreinigung von Flüssen und Strömen wendet, die mehreren Staaten gemeinlich sind.

Staatssekretär Graf von v. Bismarck:

Herr Gomp verlangte eine Beschränkung der Zulassung ausländischer Wertpapiere. Sie wäre das Reich aber nur konzentriert, wenn eine reichsgesetzliche Regelung notwendig wäre. Herr Soz. erwiderte ich, daß das von ihm angelegte Gesetz den Kauf nach vorgelegt werden wird. Herr v. Bismarck, es sei erklärt worden, die Arbeiter brauchen das Koalitionsrecht nicht. Eine solche Äußerung ist von Regierungsseite niemals erfolgt, ich habe das schon wiederholt erklärt. — Die Frage der Verunreinigung von Flüssen wird geprüft werden.

Abg. Soz. (Soz.) mit großer Unruhe auf der rechten empfangen und deshalb im Anfang keine Rede unverständlich:

Herr Baill meinte nämlich, bei den Bauten würde zu viel Kontrolle ausgeübt, aber sogar Graf v. Bismarck gibt zu, daß die Kontrolle nicht ausreicht. Gegenüber der merkwürdigen Behauptung des Herrn Gomp, daß die Arbeiter die Rechte der Schuld an den Umständen tragen, verweise ich darauf, daß Herr Gomp in der Reichsversammlung antwortlich festgestellt hat, daß sehr viele Unternehmer die Schuldgefühle außer Acht lassen. Weder bleibt des weiteren gegenüber dem Abg. Gize bei der Behauptung, daß Herr Soz. die politischen Arbeiter als Reichsminister hingestellt hat.

Darauf wird ein Verfassungsantrag angenommen. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.)

Schluß 7 Uhr.

Lokales und Provinziales.

Halle a. S., 26. Januar 1901.

Gehaltsverhöhungen für städtische Beamte.

Die Stadtverordneten-Sitzung wird sich am kommenden Montag mit einer Magistrats-Vorlage zu beschäftigen, über welche in der Finanz-Kommission eine Einigung nicht erzielt werden konnte, da sich bei der Abkündigung vier gegen vier Stimmen gegenüberstanden. Es handelt sich um Gehaltsverhöhungen für die städtischen Unterbeamten — Polizisten und Magistrate — Assistenten — sowie um Erhöhung der Meistentschädigung an die Volksschullehrer bezw. ihrer Grundgehälter und Alterszulagen. Die Polizisten sollen 1400 Mark Anfangsgehalt erhalten, der von drei zu drei Jahren um je 50 M. bis auf 1700 M. steigt, die oberste Klasse der Unterbeamten soll 2400 4200 M. Gehalt beziehen und den Lehrern soll 420 M. Meistentschädigung gewährt werden, wenn sie weniger als zehn Jahre im Amte sind, den andern 480 M. Für die wissenschaftlichen Lehrpersonen soll der Ruflohn von 200 auf 300 M. für die technischen Lehrpersonen von 150 auf 240 M. erhöht werden.

Wie viel die gesamten Aufstellungen ausmachen würden, ist noch nicht berechnet worden. Für die Polizisten und städtischen Unterbeamten betragen sie 58 685 M. Betreffs der Lehrer ist eine weitere Vorlage noch nicht ausgearbeitet. Jedenfalls werden die sozialdemokratischen Stadtverordneten der Vorlage das weiteste Wohlwollen entgegenbringen; sie können sich natürlich nicht von vornherein an jede einzelne Position binden.

Polizei und Staatsanwaltschaft gegen Arbeiter-Verunglückungen.

Der Bahnhofs-Halle a. S. des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen wurde vom Bürgermeister als Polizeibehörde die Abhaltung eines Vereinsversammlungen (Theateraufführung und Ball) mit der Abkündigung verboten, alle Veranstaltungen der Bahnhofs-Halle müssen als öffentliche behandelt werden. Die Bahnhofs-Halle sei eine so löse und es könne mit solcher Beistimmung jedermann Mitglied werden, daß die Bahnhofs-Halle nicht als geschlossener Verein angesehen werden könnte. Der Vorstand traf indes alle Vorbereitungen zum Fest, infolge Dopplungstretens einer großen Polizeimacht kam es aber schließlich nur zu einem einzigen Mißbrauch. Der erste Bevollmächtigte der Bahnhofs-Halle, Berginvalde Holze, wurde demnach mit einer Anklage bedacht. Man warf ihm vor, ohne vorherige polizeiliche Erlaubnis eine öffentliche Festlichkeit veranstaltet und dadurch die bekannte Regierungs-Polizeiverordnung übertreten zu haben. Schöffengericht und Landgericht sprachen aber den Angeklagten

frei. Das Landgericht führte u. a. aus: Die Festlichkeit sei keine öffentliche gewesen. Der Votz der Bahnhofs-Halle habe die einzelnen Mitglieder aufgeführt und zur Teilnahme erhalten. Jeder Teilnehmer habe für 50 Pfg. ein Programm erhalten, das als Legitimation für den Eintritt diene. Hiermit sei das Vergnügen nur für Mitglieder geplant gewesen und es hätten auch nur solche und ihre Familienangehörigen teilgenommen. Somit sei eine geschlossene Gesellschaft anzunehmen, zu deren Veranstaltungen es einer polizeilichen Erlaubnis nicht bedürfe. Der Rest sei die Verletzung des Staatsanwalts, daß eine geschlossene Gesellschaft nicht vorliege, weil jeder mit Bescheinigung gegen 20 Pfennig Eintrittsgeld Mitglied der Bahnhofs-Halle werden könne. Das ist im vorliegenden Falle bedeutungslos. Entschieden sei, daß nicht jedermann zu der Festlichkeit Zutritt gehabt habe, sondern nur ein begrenzter Personenkreis. Der Staatsanwalt berufe sich nun ferner darauf, daß kurze Zeit vor dem Feste eine größere Anzahl von Personen Mitglieder geworden und daß nachher 10 Personen wieder aus der Bahnhofs-Halle ausgetreten seien. Dieser Einwurf sei aber nicht stichhaltig, denn der Angeklagte behaupte unabweisbar, daß zu anderer Zeit in eben solchem Maße die Mitglieder gewechselt hätten.

Die Staatsanwaltschaft legte nunmehr noch Revision an das Kammergericht ein. Sie betonte, wie früher, man könne nicht von einer geschlossenen Gesellschaft reden, weil es zu leicht sei, Mitglied der Bahnhofs-Halle und des Verbandes zu werden. Man wolle die Bahnhofs-Halle als öffentliche Angelegenheiten einleiten. Der Oberkassationsanwalt am Kammergericht verlangte die Verwerfung der staatsanwaltschaftlichen Revision, da er sich bei diesen nicht anzuschließen vermochte. Die Bahnhofs-Halle wäre immerhin ein Verein, wenn die Mitgliedschaft auch leicht erworben werde, und die Leute halte ein bestimmter Zweck zusammen.

Das Kammergericht wies die Revision zurück und Präsident Großschäfer begründete aus: Der Verein hätte sich mit Recht freigegeben. Der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sei nach außen abgeschlossen durch die Zughörigkeit seiner Mitglieder zu einem bestimmten Beruf und die Zahlung von Eintrittsgeldern und Mitgliedsbeiträgen. Ferner seien die Mitglieder, wie § 2 des Statuts mit seiner Aufzählung der Ziele ergiebt, durch die Gemeinschaftlichkeit des Festes insofern verbunden, als sie innerlich mit einander verbunden. Sie erwirben die Mitgliedschaft durch Aufnahme seitens des Bevollmächtigten. Es handele sich deshalb im vorliegenden Falle bei dem Vereinsverhältnis thätlich um eine geschlossene Gesellschaft. Unerheblich sei demgegenüber die Angabe der Staatsanwaltschaft, daß der Verein auf öffentliche Angelegenheiten einwirkend bewirke. Bei der gegebenen Sachlage erlaube es angemessen, auch die dem Angeklagten erwahrenden notwendigen Auslagen der Staatskasse aufzuerlegen.

Auch eine Anklage.

g. Mit welsch' fordern und kleinsten Dingen sich zu weilen die Gerichte zu beschäftigen haben, das wurde jüngst durch eine vor dem Schöffengericht stattgehabte Verhandlung gegen den Zimmermann Wilhelm Weisje recht hübsch illustriert. Weisje fuhr am Morgen des 28. November in Gemeinschaft mit mehreren Arbeitern mit der Halle-Hettfelder Bahn von hier nach Döhlen, wo der Zug gegen 1/8 Uhr eintrafen sollte. Ganz kurz vor der Station die Passagiere befanden sich in Döhlen, schon die Dampfschiffe und leiten die Schuld vom Bahnhof zum Bahnhause — hieß der Zug stehen, worauf mehrere Arbeiter, in dem Glauben, sie seien am Ziel, stieg zum Runge hinauszufragen. Weisje war vorweg geschickt und wurde mit anderen Passagieren von dem hinzugekommenen Bahnmeister Manke aufgefordert, sofort wieder einzusteigen. Da aber das Trittbrett dort vom Erdboden ziemlich hoch war und Weisje als kleine Person nicht so schnell hinauf- als hinunterpringen konnte, so ging der Zug, der vielleicht nur noch 100 Meter bis zur Station zurücklegen hatte, ohne ihn ab. Er stand nun auf dem Gelände und mußte notgedrungen, um nach der Station zu kommen, das kleine Stück Weg laufen. Es wurden dann dort seine Personalien festgestellt und heute stand er nun wegen „unbefugten Betretens des Bahngeländes vor dem Strafgericht. In der Sache stand schon einmal Termin an und der Angeklagte, der damit gewiß schon genug Scherereien gehabt hat, sich auch noch einen Verhör genossen. Er glaubt berechtigt gewesen zu sein, auszufragen, da er sich in dem betreffenden Morgen herrschenden Nebel in dem Bahne befunden habe, der Zug sei am Ende. Auf das Trittbrett wieder hinaufsteigen konnte er nicht, da dort Passagiere standen und der Zug plötzlich abgehoben sei. Im vorigen je der Zug am vorhergehenden Morgen weit über die Station hinausgegangen. Die Halle-Hettfelder Bahn nehme es mit dem „Endziel“ nicht so genau. Ein Zeuge bezeugte diese Angaben in sehr drastischer Weise; manchmal müßten die Passagiere 10 Minuten nach der Station zurücklaufen. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, während der Amtsanwalt 3 M. eventl. 1 Tag Haft beantragt hatte.

Tageordnung der nächsten Stadtverordneten-Sitzung.

1. Abänderung des Besoldungs-Regulativs vom 22. Januar 1897.
2. Erhöhung der Gehälter der Lehrer und Lehrpersonen.
3. Haushaltplan der Paul-Niebet-Stiftung.
4. Feststellung des Budgets für den nördlichen Teil der Petersbergstraße.
5. Entgegung von Straßenland vom Grundstück 7. Verleugung eines neuen Eingangsthores für den Bahnhofs-Halle.
6. Antrag auf Beschaffung der Beihilfen für die bei den unteren unteren Klassen sämtlicher Volksschulen aufzuführen.
7. Antrag auf Nachverpflichtungen für Ueberlieferungen des laufenden Haushaltsplans.
8. Anstellung dreier Polizeigeorganten.
9. Wahl eines Schiedsmannes für den 1. Bezirk H.-Wiedenhofen.

* Behandlung der Arbeiter. Der Sekretär des Metallarbeiterverbandes schreibt uns: Und wenn die Blut spende nicht anders gemacht. Diese wirklich menschenfreundliche Vorgehensweise gefordert vor nicht so langer Zeit der Aufgeweckten Gewerkschaften-Fabrikant Herr Schöne in der Werberückstraße, als einmal der Wunsch laut wurde, der Schmelzmeister, die die höher traten, sondern nur wurde, der Schmelzmeister, weil dadurch die nicht ungeheure Staubeentwicklung vermieden würde. Herr Schöne hat aber jedenfalls so gerechnet, wenn der Schmelzmeister abgedreht wird, wird derselbe zeitiger alle und dann muß ein neuer gefast werden, der allerdings Geld kostet. Das ist aber dieser oder jener Schmelzmeister so weit durch den Staat geführt, daß er Blut spende, man kann aber eben ein anderer angenommen, Schmelzmeister lassen so nichts. Das ist der klar ausgeprochenen Gedankengang eines Fabrikanten, der Arbeiter mag sich zu Grunde richten, es auch nur, wie in diesem Falle, die allgeringste Fürsorge in gesundheitlicher Beziehung für denselben geschaffen wird. Grundsätzlich widerlegt ist einmal wieder der Ausspruch



